

Wenn Politiker für verfolgte Christen beten

22. August 2025



Lars Rohwer zog 2025 über die Landesliste der CDU in den Deutschen Bundestag ein

Quelle: lars-rohwer.de/ Blend3/Frank Grätz

Im Bundestag treffen sich im «Stephanuskreis» Abgeordnete, um für verfolgte Christen zu beten. Sein neuer Vorsitzender erklärt, welche Schwerpunkte er setzen will.

Im Bundestag wird nicht nur debattiert, sondern auch gebetet – zum Beispiel im «Stephanuskreis». Dort treffen sich Abgeordnete, um für verfolgte Christen zu beten. Deren neue Vorsitzender, Lars Rohwer (CDU), hat im «Domradio»-Interview nun darüber gesprochen, welche Schwerpunkte er setzen will.

Das Thema Christenverfolgung sei zu wenig sichtbar. Der Schutz der Christen sei allerdings nur ein Aspekt. Es gehe generell um das Thema Religionsfreiheit, erläuterte der Vorsitzende dem Kölner Sender. «Religionsfreiheit ist ein zentrales

Menschenrecht, was wir mehr platzieren müssen, und es ist nicht verhandelbar», so Rohwer.

Der langjährige Unionsfraktionschef Volker Kauder hatte den Stephanuskreis gegründet, um verfolgte Christen in den Fokus zu nehmen. Rohwers direkte Vorgängerin Monika Grütters (ebenfalls CDU) hingegen habe das Augenmerk auf Religionsfreiheit allgemein gelegt. Rohwers will nun beides in den Blick nehmen: verfolgte Christen und Religionsfreiheit insgesamt.

Verfolgung auch in der DDR

«Überall da, wo die Religiosität in der Gesellschaft zurückgeht, wo wir also in säkulare Gesellschaften kommen, sind Populisten und Populismus im Vormarsch. Denn Menschen glauben immer an etwas, aber Religion gibt Halt, Orientierung und Werte», so der Politiker.

Rohwer wuchs in Ostdeutschland auf. Seine ersten Erfahrungen mit Christenverfolgung habe er in der ehemaligen DDR gesammelt, erzählte der gebürtige Dresdner. So sei es einer Mitschülerin aufgrund ihres Glaubens nicht gestattet gewesen, den Bildungsweg einzuschlagen, den sie wollte. Auch das sei eine Form der Christenverfolgung, macht Rohwer klar.

Der Stephanuskreis ist eine Initiative der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Die Initiative wurde 2007 ins Leben gerufen. Namensgeber ist der in der Apostelgeschichte erwähnte christliche Märtyrer Stephanus.

Dieser Beitrag erschien zuerst auf [Pro-Medienmagazin.de](https://www.pro-medienmagazin.de).

Zum Thema:

[Vom früheren CDU-Generalsekretär: «Wer Fehler vermeidet, kommt nicht voran»](#)

[Buchneuerscheinung: CDU-Politiker: Menschen mit Behinderung sind eine Bereicherung](#)

[NR Nussbaumer und Geissbühler: «Wir wollen unsere christliche Überzeugung in der Politik leben»](#)

Autor: Christian Biefel

Quelle: Pro Medienmagazin

Tags